

# Volks-Zeitung

## Um das Tempelhofer Geld.

Die Seele des Finanzkonjunktions, das die Gemeinde Tempelhof veranlassen will, den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes vom Militärstützpunkt zu erwerben, soll Herr Georg Haberland von der Berlinischen Bodengesellschaft sein. An dem Unternehmen will sich auch die Dresdener Bank beteiligen. Herr Haberland will also seine Tätigkeit von Schöneberg nach Tempelhof verlegen.

Wie man uns aus Tempelhof berichtet, geht man in der dortigen Einwohnerschaft den Finanzplänen des Herrn Haberland gegenüber sehr ernste Bedenken. Vorausgesetzt, daß der Kreis Zellow die von dem Fiskus verlangte Garantie leistet — was keineswegs als ausgemacht gelten kann — so würde damit doch die Gemeinde Tempelhof eine Last auf sich nehmen, der sie finanziell nicht im geringsten gewachsen ist. Man bedenke, daß die vom Militärstützpunkt verlangte Summe sich auf 74 Millionen Mark beläuft und daß dazu noch mindestens 10 Millionen Mark für den Bau von Straßen usw. hinzukommen. Zu erlangen hat man ferner, daß Tempelhof, wenn es die Pläne des Herrn Haberland zur Durchführung bringen will, seine Wege auf ein Eingetragenes mit der Stadt Berlin hinsichtlich der Weiterführung des Bahnhofs nach dem Kreuzberg hinaus nach dem neu zu erscheinenden Gelände zu rechnen hat.

Die Sache würde aber sofort ein anderes Gesicht erhalten, wenn die Gemeinde Tempelhof sich dazu entschließen wollte, ihr ganzes Gebiet mit dem neu zu erwerbenden Tempelhofer Feld in Berlin einzugemeinden. Tatsächlich ist nur die Stadt Berlin mit ihrer großen finanziellen Kraft dazu imstande, das Risiko zu übernehmen. Dazu hat sie in der Weiterführung der Untergrundbahn Nord-Süd das einzige Mittel in der Hand, um das neue Gelände dem Verkehr wirksam zu erschließen.

Die Kampf Schwierigkeit liegt in der bisherigen Weigerung der preussischen Regierung, der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes in Berlin zuzustimmen. Wenn aber die Regierung sieht, daß der Militärstützpunkt das Geld für den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes auf eine andere Weise als durch die Eingemeindung von ganz Tempelhof nicht erhalten kann, so wird sie sich notgedrungen dazu entschließen müssen, in diese Eingemeindung zu willigen. Der Berliner Magistrat soll bereits der Tempelhofer Gemeindevorstellung gegenüber prinzipiell sein Einverständnis ausgesprochen haben. Das ganze Gebiet von Tempelhof zum Neubund gebracht, offensichtlich ist man in Tempelhof einmütig genug, dieses Angebot des Berliner Magistrats anzunehmen. Die Eingemeindung Tempelhofer in Berlin bietet tatsächlich die einzige Möglichkeit, die Frage der Behauptung des Tempelhofer Feldes in unversprechender und erschwelter Weise zu lösen. Sogleich wird es in der nächsten Zeit immer weiteren Kreisen klar werden, daß nur auf diesem Wege der Süden von Groß-Berlin dem schon lange von ihm erwarteten Aufschwunge entgegengeführt werden kann.

## Gegen die Fleischnot.

Ein Privat-Telegramm aus Köln meldet uns: In den sonntäglichen Fleischpreisen wird angesetzt in Massenpetitionen an den Landwirtschaftsminister zur Ergrößerung aller zur Milderung der gegenwärtigen Fleischnot durchführbaren Maßnahmen nur das zu fordern, was eine wirkliche Milderung der Fleischnot herbeiführt und an zutunfähiger Stelle nicht eine strikte Abschnürung erfahren kann, was mannde bei in letzter Zeit erlassenen Verfügungen. Zu den zu erlassenden Verfügungen gehöre die zeitweise Dämpfung der Viehpreise, die Erleichterung der Viehversicherung aus Dänemark. Weiter sollte die Viehversicherung auch der heute folgende Obermeister aller reichlich-wirtschaftlichen Metzgervereine befristet. Weiter soll angeordnet werden, daß auch die Forderungen der Städte in diesen Grenzen begrenzt werden.

## Der deutsche Kaiser in Wien.

Aus Wien wird berichtet: Bei der Coire, die gestern abend um 9 1/2 Uhr zu Ehren Kaiser Wilhelms vom Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand veranstaltet wurde, sah Kaiser Wilhelm zwischen der Herzogin von Cobenzel und der Fürstin zu Fürstentum. Nach dem Souper läßt der Kaiser nach Schönbrunn zurück.

Der deutsche Kaiser hat dem Botschaftsminister von Wien, Dr. Reumayr den Älteren zum Kronenorden zweiter Klasse, dem Botschaftsminister Gieschammer den Kronenorden zweiter Klasse verliehen.

**Eiderhochzeit in Karlsruhe.** Bei der Galafeier zur Feier der silbernen Hochzeit des badischen Großherzogs und der Kaiserin in Karlsruhe stattfand, brachte Prinz Waldemar von Preußen als Vertreter des Kaisers folgenden Trinkspruch aus:

„Den höchsten Ehrennamen und Höhen bin ich beauftragt, Eurem Königlichem Hohem die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zum heutigen Jubeltage auszusprechen. Mögen Eure Königlichem Hohem noch fernere 35 glückliche Jahre auf Erden ungestört durch irgendeine Sorge und Stürme. Hiermit erbeuge ich mein Glas und fordere Sie auf, einzustimmen in den Wunsch, Ihre geliebten Herrschaften, Seine Königlichem Hohem der Großherzog und Ihre Königlichem Hohem die Großherzogin, sie leben hoch!“

Der Großherzog erwiderte mit dankenden Worten.

**Zeitungsverbote.** In Anbald ist erst das Berliner „Lageblatt“ und nun auch die „Frankfurter Zeitung“ verboten worden. Der alte Reich, die Wahrheit zu unterdrücken. Die Reaktion meist sich überall gleich, ob in Stuttgart oder in Preußen. In Preußen verbietet die hohen Götter erdachten Männer — Reanten und Unterbeamten — die Letztere unangenehme Blätter. Wo mit derartigen Verfügungen regiert wird, liegt immer ein geistiger Bantritt vor.

**„Im Interesse des Dienstes“** ist der Organisator des national-liberalen Wahlzuges in Ost- und Westpreußen, Dr.

## Kurze Chronik.

- Der frühere Staatssekretär Dornburg soll im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis als fortschrittlicher Kandidat aufgestellt werden.
- Der neue Unterstaatssekretär Dr. Wöhler hat heute seinen Dienst im Reichskolonialamt angetreten.
- Zwischen Sachsen-Meinungen und Sachsen-Weimar wird ein Gebietsaustausch vorbereitet.
- Auf dem sozialdemokratischen Parteitag am 2. heute vormittag in der Suburbane in Berlin des Ausschusses von Rosa Luxemburg zu stützenden Exagen.
- Die passive Resistenz der Angestellten der Österreichischen Südbahn wurde aufgehoben.
- Der Ausbruch der Grubenarbeiter in Wiltbach ist nach mehrmonatiger Dauer beendet worden.
- Näheres im Text des Blattes.

**Konferenz Dr. Thomalla.** Der seit der Niederlage der Konföderation bei den Agrariern der befehlshabende Mann im Ostpreußen ist, nach der Königsberg, Gartz, Bismarck, nach Süden, in die Westfalen verlegt worden.

**Selbstverleumdung** hat die politische Tätigkeit des Herrn Dr. Thomalla nicht aus politischen Gründen entzogen worden; auch der Stellung des Kreiskrankenhauses ist worden; so etwas kommt in Preußen nie vor. Unter seiner Leitung war das Krankenhaus stets beliebt, jetzt sieht es nahezu leer, was das liegt natürlich „im Interesse des Dienstes“.

## Der Ertrag des Papstes.

Amerikanische Blätter berichten, Mr. Pierpont Morgan, der bekannte Multimillionär, stehe in Verhandlungen mit dem Vatikan, um den Ertrag zu kaufen, den Pops Pius IX., bevor er seine weltliche Herrschaft verläßt, zu beschaffen wolle, was das, vermutlich einmengen vertriebt und verkauft, in irrendem Schuppen steht, seitdem das Oberhaupt der katholischen Christenheit sich als „Belangenen“ betrachtet und das Gebiet der enigen Stadt nicht mehr verläßt. Die amerikanischen Blätter behaupten, Mr. Morgan habe für den Kauf fünf Millionen Dollars, 20 Millionen Mark, geboten und diese ungeheure Summe habe den Vatikan dem Abschlusse des Geschäfts günstig gestimmt zu haben.

Wir sind gewohnt, die Amerikaner mit den Millionen an sich werfen zu sehen, aber diesmal scheinen sie uns den Mund denn doch etwas feil voll genommen zu haben. Denn 20 Millionen sind für einen alten, seit vierzig Jahren ausgedienten Ehenbühnen auch dann reichlich viel, wenn sich, wie es hier der Fall ist, allerhand interessante geschichtliche Erinnerungen mit ihm verbinden.

Pops Pius IX. war im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf dem Stuhle Petri Gregor XVI. durchaus sein Feind der Eisenbahnen. Im Gegenteil, ihm gedauert das Verbot, den italienischen Provinzen, die ehemals den Kirchenstaat bildeten, das erste Eisenbahnnetz geschickt zu haben, das freilich infolge von technischen Schwierigkeiten und der Unordnung in den Finanzen nur langsam zustande kam. Mehrere der Rom ausgedienten Eisenbahnen eröffnete Pops Pius IX. in eigener Person und besah sie, bevor sie zum ersten Male befahren wurden. Er behauptet, wie G. de Cesare in seinem Werke über die letzten Tage des päpstlichen Rom erzählt, zwei Salomonen, die sich von den Wagen anderer Souveräne dadurch unterscheiden, daß sie außer einem Schlaf- und Ankleideraum und einem Wohnzimmer auch noch — eine Kapelle enthielten. Der eine dieser Wagen wurde dem Pops bei der Eröffnung der Linie Rom-Givita Vecchia von deren Erbauern, einer spanischen Gesellschaft, geschenkt. Er war in Paris mit großen Kosten angefertigt worden und ganz in Weiß und Gold gehalten. Der andere Wagen hand auf der Linie Rom-Frascati zu den Pops bereit und war dadurch in seiner Art einzig, daß die Türen mit überhand lateinischen Weisprüchen geschmückt waren, die, halb ernsthaft, halb scherzhaft, auf die damals noch neue Verbindung der Eisenbahnen bezogen werden konnten.

So las man auf einer der Türen das Wort Christi: „Geh hin in alle Welt!“ Auf einer anderen stand aus dem zweiten Buche der Apokalypse: „Die Himmelsfahrt des Propheten Elias geschieht in der Höhe: „Siehe, da kam ein feuriger Wagen mit vierzig Rädern!“ und auf einer dritten die messianische Weissagung, „daß die Tüter erhöht und die Menge und Gügel erniedrigt werden sollen.“

Pops Pius IX. behauptete eine gute Zofin Summe und soll, wie G. de Cesare berichtet, gerade diese Salomonen der originalen Inschriften wegen besonders gern benutzt haben. Wenn der Vatikan den alten Ertrag wirklich mit großem Gewinn losschlagen sollte, dann wird man wohl besser für den reichen päpstlichen Haushalt mehrere Automobile anschaffen.

**Ternburg Berliner Reichstagskandidat.** Wie der „Berl. Vorl.-Cour.“ hört, ist Bernhard Ternburgs Auffstellung im zweiten Berliner Wahlkreis beabsichtigt, den jetzt der Sozialdemokrat Hilger vertritt. — Und ein Sozialdemokrat, mag er Hilger oder sonstwie heißen, wird den Wahlkreis auch wohl weiter vertreten. Dafür sorgt Herr v. Bethmann Hollweg.

**Ein Gebietsaustausch.** Aus Jena schreibt man uns: Das alte Westdorf Vöhlshausen bei Jena, zurzeit noch meiningisches „Ausland“, soll wiederum werden und zwar soll diese Westdörfer im Weimarer Land gegen den meiningischen Anteil von Kranichfeld eingetauscht werden. An Kranichfeld geht die Grenze durch die Häuser mehrerer Straßen hindurch so daß die Kranichfelder in Meiningen Mittag essen und in Weimar schlafen. Diesen „intentionalen“ Zustand soll ein Ende bereit werden. — Auch mit den ewigen Zündheitsstreitigkeiten zwischen Jena und Vöhlshausen muß auf-

geklärt werden. Alle Studentenreiche, die die Jeneser Polizei treffen sollen, werden an der weinlich-meiningschen Grenze der Vöhlshausen verbleiben. Die Vöhlshausener bestrafen ihre Studenten nicht, weil ewiger Bürgerdünkel im „Großherzogtum Vöhlshausen“ herrscht. Auch die Bauhöfen in Vöhlshausen ärgern die Jeneser Polizei. Deshalb muß Vöhlshausen, diese studentische Freiheit, weimarisch werden.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

2. Verhandlungstag.  
(Telegraphischer Bericht)

**München, 21. September.**

Die Debatte über die Budgetbewilligung wurde heute fortgesetzt und nahm teilweise einen äußerst lebhaften Charakter an. Panzer-Bonreuth sprach als erster Redner. Er betonte, daß er in Nürnberg zu den 66 gehört habe, die die bekannte Verweigerung unterschrieben haben. Auf Grund der Ablehnung der badischen Kreditgesetze aber habe er sich befehrt und trete nunmehr nicht nur für den Antrag des Vorstandes, sondern auch für den Verjährungsantrag Jubel ein. (Lachen bei der Minderheit.)

Gemeindebevollmächtigter Mauerer: Millionen sind zu bekommen und erwarten von uns praktische Erfolge. Wenn es nicht möglich ist, die preussische Staat für die gefährliche, und vornehmlich nur für den Antrag des Vorstandes, sondern auch für den Verjährungsantrag Jubel ein. (Lachen bei der Minderheit.)

Gemeindebevollmächtigter Mauerer: Millionen sind zu bekommen und erwarten von uns praktische Erfolge. Wenn es nicht möglich ist, die preussische Staat für die gefährliche, und vornehmlich nur für den Antrag des Vorstandes, sondern auch für den Verjährungsantrag Jubel ein. (Lachen bei der Minderheit.)

Gemeindebevollmächtigter Mauerer: Millionen sind zu bekommen und erwarten von uns praktische Erfolge. Wenn es nicht möglich ist, die preussische Staat für die gefährliche, und vornehmlich nur für den Antrag des Vorstandes, sondern auch für den Verjährungsantrag Jubel ein. (Lachen bei der Minderheit.)

## Rosa Luxemburg:

Aus den Reden Franks und Roths habe ich der größte Aufmerksamkeit ein einziges Argument für die Budgetbewilligung herausgehört können. Wenn Sie taub sind, natürlich nicht! Sie sind ein einziges, neues Element in die Debatte hineingeworfen worden, die wir nun leider schon seit 16 Jahren haben. Hat keinen einzigen Gebiet haben unsere badischen Genossen im badischen Landtag wirklich prinzipielle Forderungen durchsetzen können. (Lachen bei der Minderheit.) Das Parlament hat die erfolgreiche praktische Politik im badischen Landtag vor das Schlichte, aber mit diesem Schlichte sind nicht einmal die Länder einverstanden, und dann müßten die badischen Genossen den grandiosen Erfolg, daß nunmehr ein Schlichte angeht wird. (Gelächter bei der Mehrheit.) Die besondern badischen Beschlüsse betonen, daß die Proletarier des Westens, wenn sie sich politisch betätigen, genau so auf das Straßenpflaster fliegen, wie die Proletarier im übrigen Deutschland, und was wird die Proletarier aus den Westfalen heraus? Es sind die Schlichte, unterer Genossen und Franks (Schlichter) Beschlüsse bei der Mehrheit.) Der ganze Erfolg unter Badener besteht aus kämpfhaft aufgebauchten Eppatien. Das Budget wäre auch ohne ihre Zustimmung angenommen worden, und dadurch, daß sie nicht zustimmen haben, ist nur das erhebende Schauspiel bei einmütigen Annahme des Budgets zustande gekommen. (Die Mehrheit ist abgelaufen und der Vorsitzende Dieß fingelt mit der Glocke.)

Ich verlaufe zwanzig Minuten Redezeit, denn ich habe die württembergischen Beschlüsse begründet. Ich muß mich darauf hinweisen, daß die württembergischen Beschlüsse gehen hier eine Erklärung haben werden lassen, die im Widerspruch steht mit dem Empfinden der württembergischen Proletarier. Diese Erklärung zeigt uns, daß unsere Genossen mit dem Volk genau so umspringen, wie die Agrarier mit dem König. Und das Volk, wenn es umspringen will, tut's! (Gelächter bei der Mehrheit. Irrruhe bei der Minderheit.)

Heber die Köpfe der württembergischen Proletarier hinweg hat man hier eine Demonstration für die Badener in Szene gesetzt.

## Raute Schlußrede bei der Minderheit.

Die Mehrheit ruft: Ruhe, Ruhe! Der Vorsitzende Reichstags- Abgeordneter Dieß fingelt mit der Glocke und läßt vergeblich Ruhe zu schaffen. Es kommt zu hitzerischer Exzesse, da die Minderheit Frau Luxemburg durch Zurufe am Weiterpredigen hindern sucht. Vorl. Dieß: Die Rednerin muß doch wenigstens einen Schlußsatz sagen können.

Reichstagsabgeordneter Dr. Frank: Genossin Luxemburg, Ihre Zeit ist vorbei! (Beifall bei der Minderheit und dem Vorl. dauert an. Schließlich tritt Rosa Luxemburg mit stimmigem Beifall der Mehrheit ab.)

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Redakteur Dittmann: Entgegen: Bisher war es bei und über, daß ein Redner immer den Schlußsatz sagen konnte. Ich stelle fest, daß die Genossin Luxemburg die Budgetbewilliger dieses Recht bestritten werden sollen. (Gelächter bei der Mehrheit.) Ich stelle fest, daß die Genossin Luxemburg durchweg eine gewalttätig worden ist. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Reichstagsabgeordneter Sedwaggen: Ich beantrage andrücklich, die Genossin Luxemburg nach zehn Minuten sprechen zu lassen. Wenn einem Redner durch Unterbrechung einer Minderheit es unmöglich gemacht wird, wenigstens noch eine Minute zu sprechen, dann ist es notwendig, daß man ihm die Möglichkeit gibt, die Redezeit voll auszunutzen zu können.

Vorsitzender Dieß: Dieser Antrag ist durchaus unzulässig. Genossin Luxemburg hatte bereits 15 Minuten gesprochen. Das muß auch konstatiert werden. (Beifall bei der Mehrheit.) Während dieser 15 Minuten war es ruhig, erst nach den 15 Minuten begann der Sturm und die Zwischenrufe. Es ist notwendig, daß alle Redner sich den Anordnungen des Vorsitzenden fügen, sonst können wir die Ordnung hier nicht aufrechterhalten. Rosa Luxemburg: Ich verzichte aufs Wort. — Reichstagsabgeordneter Sedwaggen: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Gesagt wurde in der Debatte fortgesetzt. Redakteur Heilmann: Genossin Reichard sollte hat die Budgetbewilligung nicht als Demonstration gegen den Reichstag aufgestellt, sondern Ausdruck liberaler Freiheit. (Hört, hört!) Er hat gesagt, die Budgetbewilligung habe nur einen Sinn, wenn die Steuererhöhung mit der Waffe entgegengesetzt. (Hört, hört!) bei der